

## Klausurvorschlag

### „Schichten der Geschichte“

#### Rittersturzkonferenz in Koblenz: Ein Staat konstituiert sich in Etappen

Staaten haben ihre Gründungsmythen. Die Bundesrepublik Deutschland, die im nächsten Jahr ihren 50. Geburtstag feiert und in diesem die Etappen ihrer Gründung, tut sich damit schwer. Im Bewußtsein der Bürger glänzt nach wie vor der Spiegelsaal von Versailles, in dem Bismarck das deutsche Kaiserreich aus der Taufe hob. Bei der Frage nach den Ursprüngen der zweiten deutschen Republik schaut man dagegen in leere Gesichter. Weder läßt sich eine nährende Wölfin noch ein Bastillensturm vorweisen. Die Reliquien der letzten deutschen Staatsgründung sind Konferenztische.

Unsere Staatssaga verliert sich in einem Wust von Ausschußvorlagen, Sitzungsprotokollen, Anweisungen, Empfehlungen, Gegenvorschlägen und Kompromißvereinbarungen. Ebenso unmythisch sind die Schauplätze, an denen sich die Vorrunden für die Gründung unseres Staates abgespielt haben. [...]

Das demokratische Nachkriegsdeutschland ist aus versteckten Winkeln gewachsen. Das war durchaus beabsichtigt. Weder die Siegermächte, die als Souveräne auf Hitler gefolgt sind, noch die deutschen Politiker, die überwiegend aus der gescheiterten politischen Klasse der Weimarer Republik stammen, hatten ein Interesse, an Orte anzuknüpfen, die von der deutschen Vergangenheit belastet waren.

Unsere Staatsgründung beruht auf drei dünnen Dokumenten, die die Vertreter der Westmächte im Frühjahr 1948 auf der sogenannten Londoner Sechs-Mächte-Konferenz ausgehandelt haben. Sie wurde den Ministerpräsidenten der drei Westzonen in frostiger Atmosphäre im Frankfurter Hauptgebäude des ehemaligen IG-Farben-Konzerns übergeben.

Ort der Übergabe und das Datengerüst weisen nun doch auf eindeutige Bezüge zur deutschen Geschichte. Festgesetzt war der 1. September als Termin für die erste Zusammenkunft der verfassunggebenden Versammlung. Es wurde von den West-Alliierten bewußt mit dem Ort Frankfurt und dem Verwaltungsgebäude des größten Nazikonzerns sowie mit dem 1. September (Überfall auf Polen) und dem Jahr 1948 (1848) die deutsche Demokratietradition gegen die Nazibarbarei ausgespielt. [...]

Der nächste Akt der deutschen Staatsgründung fand kurze Zeit später in einem Ausflugslokal am Stadtrand von Koblenz mit dem Namen „Rittersturz“ statt. [...] Die Militärgouverneure erwarteten ein Abnicken der Dokumente von deutscher Seite. Ihr Ziel war es, nach dem Widerstand der Russen gegen einen

deutschen Staat mit westlicher Demokratie wenigstens Westdeutschland von Grund auf zu demokratisieren.

Zur Überraschung der Alliierten einigten sich die Ministerpräsidenten in Koblenz jedoch auf einen Gegenentwurf. Wesentlicher Punkt ihrer Antwort war, alles zu vermeiden, was nach Staatsgründung aussah, bevor die deutsche Teilung überwunden ist. Die Deutschen haben sich mit diesem realitätsfernen Konzept nicht durchgesetzt. [...]

Die deutschen Historiker und Politiker haben in der Rückschau auf diese Ereignisse bis heute die Sorge um die deutsche Einheit in den Mittelpunkt der Motive der damals Handelnden gestellt. Es gab nicht nur den scharfen Gegensatz zwischen Westalliierten und Deutschen. Der Konflikt setzte sich innerhalb der deutschen Seite fort. Vor allem die Politiker aus den Nachfolgestaaten des napoleonischen Rheinbundes, die Süd-CDU und die CSU, waren bereit, dem Demokratisierungsprozeß – wenigstens vorläufig – eine größere Bedeutung einzuräumen als der deutschen Einheit. Die Politiker aus den ehemals preußischen Staaten, die Nord-CDU und insgesamt die zentralistisch gesinnte SPD, waren aus unterschiedlichen Motiven gegen die Preisgabe der deutschen Einheit. [...]

Der Streit zwischen Einheit und Demokratie, der die deutschen Demokraten seit 1848 gespalten hat, wurde zum letzten Mal auf der Koblenzer Rittersturzkonferenz ausgetragen. Es wurde von den Alliierten zugunsten der Demokratie entschieden. Auf derselben Konferenz aber wurde gleichzeitig das Mißtrauen der politischen Klasse Deutschlands gegenüber dem Volk institutionalisiert.

Die Alliierten sahen eine Volksabstimmung über die Verfassung vor. Die Konferenzteilnehmer auf dem Rittersturz votierten gegen ein Plebiszit [Volksabstimmung] mit dem Argument, man laufe Gefahr, von Rechts- und Linksaußen überstimmt zu werden. In diesem Punkt haben die Alliierten sehr rasch eingelenkt.

Unsere Verfassung beruht also nicht wie die von 1848/49 auf der Arbeit einer vom Volk gewählten Nationalversammlung, sondern auf Beschlüssen von Gremien, die sich kaum durch ein Plebiszit legitimieren können. Möglicherweise haben die Gründungsväter unserer Republik das einzig Richtige getan. Ob die Deutschen damals mehrheitlich für einen demokratischen und föderalistischen oder für einen zentralistischen und autoritären Staat gestimmt hätten, werden wir nie erfahren.

Michael Winter: „Schichten der Geschichte“/Süddeutsche Zeitung, vom 17. Juli 1998, S. 11



#### Leitfragen/Arbeitsaufträge

1. Fassen Sie die Kernaussagen des Textes in eigenen Worten kurz zusammen.
2. Erläutern Sie die Aussage, dass in Koblenz das „Mißtrauen der politischen Klasse Deutschlands gegenüber dem Volk institutionalisiert“ wurde.
3. Diskutieren Sie die Thesen des Autors.
4. Erörtern Sie die Frage, ob die heutige Bundesrepublik Gründungsmythen bedarf.